



Liebe Genossinnen, Liebe Genossen,
 Sehr verehrte Leser und Leserinnen,
kurz vor der Sommerpause möchte ich Euch nochmal einen kleinen Einblick geben, was die letzten Wochen im Bundestag und im Wahlkreis passiert ist. Im Bundestag befeuerten wir als Fraktion vor allem nochmal die Debatten um Mindestlohn und Befristung. In Bayern geht der Landtagswahlkampf so langsam in die heiße Phase. Wir haben in diesem Jahr die Chance, nicht nur auf Bundes- sondern auch auf Landesebene der CDU/CSU im Parlament die Stirn zu bieten. Auch ich werde die nächsten Wochen einige Wahlkampf-Veranstaltungen in Schwaben mitgestalten und würde mich freuen, euch dort zu treffen. Wie immer freue ich mich auf euer Feedback, eure Fragen und Anregungen. Besucht auch gerne meine Homepage www.susanne-ferschl.de oder kontaktiert mich über mein Wahlkreisbüro in Kaufbeuren.
 Eure Susanne

AFD-PARTEITAG: UNSER PROTEST IN AUGSBURG



Am 30. Juni begann in Augsburg der Bundesparteitag der AfD. Rund 6000 Menschen setzten bei den friedlichen Gegenprotesten ein Zeichen gegen Rassismus und Rechtspopulismus. Gemeinsam mit vielen Genossinnen und Genossen beteiligte ich mich an den Protesten und stellte während meines Redebeitrags klar: Eine wirksame Bekämpfung der AfD und des gesellschaftlichen Rechtsrucks allgemein erreichen wir unter anderem durch mehr soziale Gerechtigkeit.

FRAKTION VOR ORT: WIE STOPPEN WIR DEN RECHTSRUCK?

Anlässlich des AfD Bundesparteitages in Augsburg diskutierten wir zuvor, am 20. Juni, als Fraktion gemeinsam mit Experten aus Wissenschaft, Politik und Gewerkschaft zum Thema „Wie stoppen wir den Rechtsruck?“ in der Stadtbücherei Augsburg.



Als Referenten beteiligten sich Andreas Kemper (Uni Münster), MdB Christine Buchholz (DIE LINKE), Hamado Dipama (Migrations-beirat der Stadt München) und Tim Lubecki (NGG).

KOMMENTAR: MINDESTLOHN SCHÜTZT NICHT VOR ERWERBSARMUT

Es ist ein Skandal, dass Menschen ein Leben lang arbeiten gehen und dann im Alter zu Sozialfällen werden. Mit der stufenweisen Erhöhung des Mindestlohns auf 9,35 Euro im Jahr 2020 wird dies aber weiterhin der Fall sein. Im Mai musste die Bundesregierung auf eine schriftliche Frage von mir einräumen, dass aktuell ein Mindestlohn von 12,63 Euro notwendig wäre um nach 45 Jahren Vollzeitarbeit eine Rente oberhalb der Grundsicherung zu bekommen. Der gesetzliche Mindestlohn ist ein Armutslohn und macht Menschen zu Sozialfällen. Das ist kein linker Populismus, sondern bittere Realität.

Menschen haben ihre Würde und Arbeit hat ihren Preis. Wie schwer es war, den Arbeitgeberverbänden und auch der CDU/CSU, überhaupt ein wenig Würde für Beschäftigte abzuringen hat man bei der Einführung des Mindestlohns gesehen. Wissenschaftler und Politiker malten den Kollaps der deutschen Wirtschaft und Massenarbeitslosigkeit an die Wand.

Heute wissen wir: der Mindestlohn hat keine Arbeitsplätze gekostet. Geringverdiener bekommen 18% mehr Gehalt und durch den gesteigerten Konsum gibt es positive Wachstumseffekte bei der Binnennachfrage und damit bei der Beschäftigung. Und nicht zu vergessen: Der Mindestlohn schützt Betriebe und Beschäftigte vor einem Wettbewerb, der auf immer niedrigere Lohnkosten setzt.

Wahlkreisbüro Kaufbeuren
 Johannes-Haag-Str. 26
 87600 Kaufbeuren
susanne.ferschl.wk@bundestag.de
 Telefon: (08341) 9618 100

Bürgerbüro Augsburg
 Mauerberg 31
 86152 Augsburg
 Tel.: (0162) 3044373



Fortsetzung Kommentar: Mindestlohn schützt nicht vor Erwerbsarmut

Die Neoliberalen und Konservativen konnten den Mindestlohn zwar nicht verhindern, sie sorgten aber dafür, dass er mit 8,50€ von Anfang an zu niedrig war und mit den entsprechend geschaffenen Regelungen zur Anhebung es auch bleibt.

Für wie nebensächlich die Bundesregierung den Mindestlohn hält, zeigt sich aber nicht nur an der Höhe, sondern auch an der Frage ob es Kontrollen zu seiner Einhaltung gibt. Die Antworten der Bundesregierung auf eine kleine Anfrage von mir sind erschütternd: In der Realität kommt im Betrieb im Durchschnitt alle 40 Jahre ein Kontrolleur vorbei und 2017 wurden gerade einmal 2,4% der Betriebe kontrolliert. Wenn die Bundesregierung behauptet, die Finanzkontrolle Schwarzarbeit sei ‚personell gut aufgestellt‘, ist das nichts weiter als eine Aufforderung an die Arbeitgeber zum offenen Rechtsbruch.

Durch den geringen Mindestlohn wird Europas größter Niedriglohnsektor in Deutschland nicht bekämpft. Dies wiederum übt Druck auf die europäischen Beschäftigten aus, ihrerseits die Arbeitskosten zu senken.

Aus all diesen Gründen fordern wir, den gesetzlichen Mindestlohn auf mindestens zwölf Euro zu erhöhen und sämtliche Ausnahmeregelungen abzuschaffen. Wirksame Kontrollen setzen entsprechend viele Kontrolleure voraus. DIE LINKE fordert daher, die Zahl der Beschäftigten bei der Finanzkontrolle Schwarzarbeit zügig um 5.000 zu erhöhen.

MEINE REDEN IM BUNDESTAG vom 6. Juli zum **Bundshaushalt**:

<https://www.susanne-ferschl.de/2018/07/06/ein-haushalt-der-sozialen-ungerechtigkeit/>

vom 24. Mai zum **Pflegenotstand**:

<https://www.susanne-ferschl.de/2018/05/24/pflegenotstand-bundesregierung-hat-den-ernst-der-lage-nicht-begriffen/>

vom 26. April zum **Teilzeit- und Befristungsgesetz**

https://www.linksfraktion.de/parlament/reden/detail/susanne-ferschl-verbesserung-fuer-alle-beschaeftigte-geht-nur-solidarisch/?no_cache=1

vom 22. März zum **Koalitionsvertrag**:

<https://www.susanne-ferschl.de/2018/03/22/neue-regierung-alte-rezepte-keine-verbesserungen-fuer-beschaeftigte/>

vom 15. März zum **Arbeitszeitgesetz**:

<https://www.susanne-ferschl.de/2018/03/15/arbeitszeit-begrenzen-beschaeftigte-schuetzen/>

Vom 23. Februar zu **sachgrundloser Befristung**:

<https://www.susanne-ferschl.de/2018/02/23/sachgrundlose-befristungen-abschaffen-statt-nur-beschaenken/>



NESTLÉ: MITARBEITER VOR RENDITE!

Der Stellenabbau in den Nestlé-Betrieben betrifft bundesweit mehrere hundert Mitarbeiter. Der Grund hinter dieser Maßnahme sind nicht etwa Einschnitte in der Gewinnspanne des Unternehmens, sondern ein Sparprogramm des Schweizer Konzerns und eine Renditevorgabe von 18,5%. Obwohl Nestlé im letzten Jahr einen Gewinn von 6,2 Milliarden Euro erzielt hat, will die Konzernleitung nun die Beschäftigten, die eben diesen Gewinn mit erwirtschaftet haben, auf die Straße setzen.



Dies ist vollkommen inakzeptabel. Die Kolleginnen und Kollegen, die gegen diese Profitgier den Kampf aufgenommen haben, haben meine vollste Unterstützung.

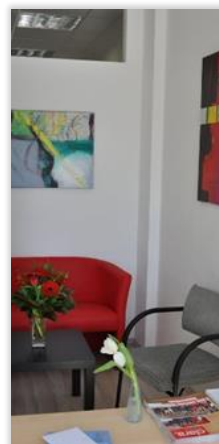
Als LINKE fordern wir im Bundestag ein Gesetz zum Verbot von Massenentlassungen in profitablen Unternehmen. Außerdem wollen wir die Mitbestimmungsrechte der Beschäftigten bei wirtschaftlichen Unternehmensentscheidungen stärken.

BAMF: BEFRISTUNGEN UND ABLEHNUNGS-QUOTE SIND DER EIGENTLICHE SKANDAL

In den letzten Wochen wurde es ruhiger um das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge, nachdem der Bundesregierung zunächst ihre eigene Gesetzgebung bzgl. der Befristung von Arbeitsverträgen auf die Füße gefallen war und es durch die Unterbesetzung und daraus folgende Überlastung der verbliebenen Mitarbeiter erst zu den Fehlern beim Bamf gekommen war.

Die Zustände beim Bamf – zu wenig Personal, hohe Überlastung und dadurch hoher Krankenstand – waren allerdings schon seit 2014 bekannt, der s. g. Bamf-Skandal der letzten Wochen ein inszenierter Aufreger der Medien, den vor allem rechte Strömungen für ihre Zwecke genutzt haben. Richtig ist: Den etwas über 1000 Asylanträgen, die zu unrecht bewilligt wurden – und die den s.g. „Bamf-Skandal“ ausgelöst hatten – stehen 32500 Asylanträge entgegen, die vom Bamf zu unrecht abgelehnt wurden, was erst in zweiter Instanz von Gerichten korrigiert wurde.

TERMINE



VERANSTALTUNGEN

- 13. August, 18.00 Uhr
Hotel Rose, Günzburg
Pflegenotstand stoppen!
- 3. September, 18.00 Uhr
Café Morizz, Buchloe
Gute Arbeit für alle!
- 21. September, 18.30 Uhr
Hotel Hasen Kaufbeuren,
Pflegenotstand stoppen!

BÜRGERSPRECHSTUNDEN

- 3. September, 14:30 – 16:30 Uhr
 - 22. Oktober, 15– 17 Uhr
- jeweils im Wahlkreisbüro, Johannes-Haag-Straße 26, 87600 Kaufbeuren